

Warum die EVN 300.000 Verträge kündigt

Kartellprüfung und Klagswelle: Die heimischen Stromanbieter geraten zunehmend unter Beschuss.

[Getty Images / René Zemanek / Eyeem]

Strom. Klagen gegen Preiserhöhungen verstören die Branche. Die EVN geht einen radikalen Schritt, um Altlasten zu beseitigen. Das Großreinemachen hat begonnen.

VON MATTHIAS AUER

Wien. Mitten in Niederösterreichs holpriger Regierungsbildung lässt der landeseigene Energieversorger EVN eine Bombe platzen: Der Konzern kündigt 300.000 langjährigen Strom- und Gaskunden die Verträge. Wer das neue Angebot nicht annimmt oder einen alternativen Lieferanten findet, steht ab Juli vielleicht ohne Energieversorger da. Beobachter sprechen von einer „Flucht nach vorn“. Aber warum setzt die EVN diesen offenkundig unpopulären Schritt? Und werden andere Anbieter folgen?

Nach Auskunft des Unternehmens werden 40 Prozent der Kundinnen und Kunden paradoxerweise deshalb gekündigt, um ihnen eine Preiserhöhung zu ersparen. Derzeit sind die Tarife nämlich an die österreichischen Strom- und Gaspreisindizes (ÖSPI und ÖGPI) gebunden und müssten mit erstem April beinahe verdoppelt werden (wie es die Opposition im NÖ-Wahlkampf prophezeit hatte).

Urteil gegen Verbund

Das will sich die EVN wohl ersparen. Stattdessen erhalten die betroffenen Haushalte ein auf ein Jahr gebundenes Angebot, das vergleichbar mit dem bisherigen sein

soll. Um möglichst viele Stammkunden von einem Umstieg auf den neuen Tarif zu überzeugen, will die EVN mit Bussen in 500 Gemeinden fahren und den Kundinnen und Kunden dabei auch persönlich helfen.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund für diesen Schritt: Die EVN nutzt die Gelegenheit auch, um alte Verträge loszuwerden, die möglicherweise anfällig für Klagen von Konsumentenschützern gewesen sind. Seit der Energiekrise gehen VKI und Arbeiterkammer verstärkt auch gerichtlich gegen Preiserhöhungen vor. Jüngst hatte das Handelsgericht Wien Preiserhöhungen des Verbund gekippt, da der Konzern diese mit dem Großhandelspreisindex (ÖSPI) argumentiert hatte, obwohl es selbst billigeren Strom erzeugt hatte.

Hält das erstinstanzliche Urteil, könnte das gravierende Folgen für die Branche haben. Denn nicht nur der Verbund, fast alle Anbieter haben Klauseln und Preisanpassungsformeln in ihren Verträgen, die juristisch attackiert werden. Am Freitag forderte auch der Unternehmensverband Senat der Wirtschaft zudem eine kartellrechtliche Überprüfung des heimischen Strommarktes.

Die EVN macht nun also Tabula rasa, um das Thema für sich zu beenden. Man habe „einen unangenehmen, aber den saubersten

Weg gewählt“, ist EVN-Sprecher Stefan Zach überzeugt. Gut möglich, dass das Großreinemachen in der Branche damit erst beginnt.

Die Wien Energie hat bereits im vergangenen Herbst einen Großteil ihrer Kunden auf einen Tarif umgestellt, der sich an mehreren Indizes orientiert, und sieht die Angelegenheit damit als erledigt an. Nur 7000 Betroffene haben das abgelehnt, ihnen steht nun mit

“

Es ist ein unangenehmer, aber auch der sauberste Weg.

Stefan Zach
Konzernsprecher der EVN

April eine Preiserhöhung ins Haus. Doch wirklich erledigt ist es damit nicht. Denn anders als die EVN haben die Wiener keine Kündigung geschickt, sondern eine automatische Umstellung auf den neuen Tarif. Das missfällt den Konsumentenschützern. Der VKI hat bereits Klage eingereicht.

Im Süden soll die Kelag noch auf vielen Altverträgen sitzen, die Energie Steiermark hat die Bindung an den ÖSPI im Mai 2022 beendet. Weiter im Westen sind Salzburg AG

und die oberösterreichische Energie AG zuletzt wegen ihrer Preiserhöhungen unter Druck gekommen. Die Arbeiterkammer legte ein Gutachten vor, wonach diese nicht rechtskonform gewesen sein könnten. Die Energie AG verweist auf eine „erste externe Begutachtung“, wonach alles in Ordnung sei.

Die Billiganbieter sind zurück

Doch wirklich sicher sind die Unternehmen allesamt nicht, erzählen Juristen hinter vorgehaltener Hand. Genau diese Rechtssicherheit fordert die Branche ein. Denn langsam kommen die Billiganbieter zurück. Jetzt, wo der Winter vorbei ist, und ohne den Ballast, sich um die Versorgungssicherheit kümmern zu müssen, klagen die Landesversorger. Da sollte wenigstens klar sein, dass die etablierten Anbieter nicht fürchten müssen, dass ihre Verträge nach ein, zwei Jahren wieder gekippt werden.

Verständnis dafür ernten sie dafür sogar vom Regulator. Geht das Verbund-Urteil durch alle Instanzen, könnte das auch unangenehme Folgen haben, warnte E-Control-Chef Wolfgang Urbantschitsch kürzlich in der ZIB 2. Große Versorger könnten dann kaum noch auf eine Änderung der Börsenpreise reagieren. „Das könnte dazu führen, dass sich die Unternehmen aus dem Endkundenmarkt zurückziehen“.